



GesundheitsRecht

Zeitschrift für Arztrecht, Krankenhausrecht, Apotheken- und Arzneimittelrecht

Herausgeber:

Rechtsanwalt Prof. Dr. Martin Rehborn · Rechtsanwalt Dr. Rudolf Ratzel

GesR Report

zusammengestellt von Rechtsanwalt Dr. Rudolf Ratzel

Inhalt

gesr.de

Aufsätze

Dr. Michael Pfeifer / Pascal A. Becker-Wulf – Die Bedarfsplanung nach dem TSVG – Bedarfsplanung, quo vadis

Die Bedarfsplanung unterliegt seit Jahrzehnten einer Vielzahl von Veränderungen, die im Lichte der erneuten Reform durch das Terminservice- und Versorgungsgesetz – kurz TSVG – aufzuarbeiten und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen waren. Das in der Praxis oftmals als starr und statistikdominiert wahrgenommene Instrumentarium der Bedarfsplanung wurde und wird durch den Gesetzgeber nur behutsam angepasst und stets um weitreichende Möglichkeiten zur kurzfristigen Reaktion auf – aus bedarfsplanerischer Sicht so gesehene – Fehlentwicklungen ergänzt. 273

Dr. Michael Ossege, LL.M. – Beteiligungen von Private-Equity-Gesellschaften an zahnärztlichen MVZ-Trägersgesellschaften

Die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen sorgen für die Sicherstellung einer flächendeckenden und wohnortnahen zahnärztlichen ambulanten Versorgung. Diese wird seit Jahrzehnten insbesondere von Einzelzahnärzten, von Berufsausübungsgemeinschaften und von Praxisgemeinschaften sowie seit dem Jahre 2015 auch von Medizinischen Versorgungszentren sichergestellt. Seit einiger Zeit ist jedoch festzustellen, dass die Geschäftsaktivitäten von sog. Private-Equity-Gesellschaften im zahnärztlichen Bereich stark zugenommen haben. Insbesondere kaufen diese als versorgungsfremde Investoren Vertragskrankenhäuser und Zahnarztpraxen auf, um letztere in MVZ umzuwandeln und zu betreiben. Dadurch besteht jedoch die Gefahr, dass durch eine profitorientierte Einflussnahme die Unabhängigkeit medizinischer Entscheidungen beeinträchtigt wird. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hat der Gesetzgeber kurzfristig Regelungen geschaffen, die im Rahmen des nachfolgenden Beitrages dargestellt werden sollen. 281

Prof. Dr. Michael Quaas – Alte und neue Akteure der Krankenhausplanung – eine Bewertung aus juristischer Sicht

Das Recht der Krankenhausplanung, das nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt, befindet sich seit mehreren Jahren in einem kritischen Zustand. Grund ist die Kontroverse um die Notwendigkeit von Qualitätsvorgaben im Rahmen der Krankenhausplanung, deren Definition mit dem Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) verpflichtend dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) übertragen wurde. Mit dem KHSG hat der Gesetzgeber deutlich gemacht, dass er die Qualität der Krankenhausversorgung als zentralen Aspekt für die Krankenhausplanung verstanden wissen will. Dass er indessen mit der Erfüllung dieser Aufgabe primär nicht die dafür an sich zuständigen Bundesländer, sondern ein „Bundesorgan“ – den G-BA – betraute, lässt darauf schließen, dass die Krankenhausplanung aus bundesrechtlicher Sicht nicht mehr hinreichend von den Bundesländern wahrgenommen wird. Insoweit sind zu den alten Akteuren der Krankenhausplanung neue Player hinzutreten, deren Kompetenzen und Aufgabenwahrnehmung juristisch zu bewerten sind. 285

Rechtsprechung kompakt

Untätigkeit des Staates gegen Emissionen – gibt es ein Recht auf aktiven Gesundheitsschutz?

(EGMR, Beschl. v. 24.1.2019 – 54414/13, 54264/15)

Inga Petersen 294

Inhalt

Angemessenheit der Vergütung eines Krankenkassenvorstands	(LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 5.9.2018 – L 5 KR 4364/17 KL) Michael Ossege	295
Investigativer Bericht über Krankenhausmissstände zulässig	(OLG Hamburg, Urt. v. 27.11.2018 – 7 U 100/17) Christian Krauß	296

Rechtsprechung

Vermögensbetreuungspflicht des ärztl. Direktors eines Universitätsklinikums?	(BGH, Beschl. v. 21.8.2018 – 3 StR 292/17)	297
Sachlich-rechnerische Berichtigung bei Ermächtigung	(BSG, Urt. v. 24.10.2018 – B 6 KA 34/17 R).....	299
Voraussetzungen für Akupunkturleistungen in der GKV	(BSG, Urt. v. 13.2.2019 – B 6 KA 56/17 R)	304
Aufsichtsverordnung gegen Krankenkasse zur Umsetzung der HzV	(BSG, Urt. v. 21.3.2018 – B 6 KA 59/17 R (Ls.)).....	310
Arzteprivileg zur Führung einer Gewebebank	(BVerwG, Urt. v. 24.1.2019 – 3 C 5.17)	310
Voraussetzungen für die Durchführung einer Trophektodermbiopsie	(VGH Bayern, Urt. v. 30.1.2019 – 20 B 18.290)	313
Anordnung zur Untersuchung bei Verdacht auf ärztlichen Betäubungsmittelmissbrauch?	(OVG Niedersachsen, Beschl. v. 13.3.2019 – 8 ME 18/19).....	322
Falschabrechnungen vor 8 bis 13 Jahren – berufsrechtlicher Überhang?	(LandesberufG für Heilberufe beim OVG NRW, Beschl. v. 13.3.2019 – 6t E 757/18.T).....	327
Risikoaufklärung: Bezeichnung der Risikohäufigkeit	(OLG Frankfurt/M., Urt. v. 26.2.2019 – 8 U 219/16).....	328
Aufklärung über Schnittentbindung bei makrosomem Kind	(OLG Köln, Urt. v. 23.1.2019 – 5 U 69/16)	331
Zurücklassen einer Nadel im Bauchraum	(OLG Stuttgart, Urt. v. 20.12.2018 – 1 U 145/17)	337

GesR Report

Aktuelles | GKV-Spitzenverband und KZVB

Neue zahnärztliche Früherkennungsuntersuchungen konkretisiert, KZBV und GKV-SV einigen sich auf neue Leistungen für Kleinkinder	R36
---	-----

Inhalt

Aktuelles | Bundesärztekammer

Gesetzgeber muss Voraussetzungen und Grenzen klar definieren R36

Aktuelles | RKI

„Soziale Unterschiede in Deutschland: Mortalität und Lebenserwartung“ ist Thema der neuen Ausgabe des Journal of Health Monitoring..... R37

Wussten Sie schon ...

In **GesR online** haben Sie Zugriff auf das Online-Archiv Ihrer Zeitschrift bei juris. In der **Zeitschriften-App** lesen Sie aktuelle Beiträge auf Ihrem Smartphone. Ihre **Freischaltcodes** finden Sie in Heft 1/2018 auf der zweiten Umschlagseite. Kundenservice: Telefon 0221 / 93738-997 oder E-Mail an kundenservice@otto-schmidt.de

Sie wollen mehr?

Das **juris PartnerModul Medizinrecht** besticht durch Premium-Werke des Medizin- und Gesundheitsrechts. **Hier informieren und gratis testen:** www.juris.de/pmmmed